

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktion: Durch unsern Sohn  
Herrn Hans Meißner 24.00 Mark.  
Bestellungen nehmen die Postämter  
und für Fernbestellungen die Postanstalten  
entgegen. — Erscheint wöchentlich.  
Vertrieb: Anstalt Nr. 25.  
Telegraphen: Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postverzeichnisse: Amt Leipzig Nr. 1900

Abbestellung: Die Abbestellung  
besteht für Aue aus 100 Mark, für  
andere Orte 15.00 Mark, für den  
Abbestellung 10.00 Mark, für den  
Abbestellung 10.00 Mark. Bei größeren  
Abbestellungen auf besonderen  
Abbestellung.

Nr. 220

Mittwoch, den 20. September 1922

17. Jahrgang

### Die Ausnutzung der Atempause.

(Von unserem Redakteur Mitarbeiter.)

Die Mission des Reichsbankpräsidenten Haverstein in London ist erfolgreich gewesen. Die Reichsregierung hat der belgischen Regierung mitteilen können, daß ihre Forderungen nunmehr erfüllt werden sollen. Die sechsmonatlichen Schatzwechsel, fällig vom 1. Februar bis 15. Juni 1923, werden mit der Unterschrift und Bürgschaft der Deutschen Reichsbank versehen sein und dadurch Belgien die finanzielle Wertverwertung ermöglichen, die es wünscht. Es darf angenommen werden, daß auf diese Weise eine längere Atempause, wahrscheinlich von 18 Monaten, wenn die Bank von England der Reichsbank ihre Hilfe zugesagt hat, für die Reparationsleistungen Deutschlands gesichert ist. Alles kommt jetzt darauf an, daß diese kurze Frist effizient ausgenutzt wird, um die deutsche Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen und das nationale, politische und kulturelle Leben der Nation in ruhige und sichere Bahnen zu leiten.

Am schwierigsten wird dabei die Überwindung der Hemmnisse sein, die uns die gegenwärtige und die unmittelbar bevorstehende wirtschaftliche Not in den Weg wirft. Wohin wir augenblicklich im Innern schauen, überall sehen wir Schwierigkeiten. Der mehrheitssozialdemokratische Parteitag in Augsburg bietet zwar manches erhellende Zeichen für den erwachenden realpolitischen Sinn der sozialistischen Massen und ihrer Führer. Die Parteischule der Erfahrungen der letzten Jahre hat ihr Verantwortlichkeitsgefühl offensichtlich gestärkt und die überstrenghen Hoffnungen früherer Zeiten auf baldigen Anbruch einer sozialen Herrschaft voll Glück und Herrlichkeit immer stärker in den Hintergrund gedrängt. Aber noch allzu häufig sind die Rückfälle in veraltete Oppositionsmethoden. Wenn man auch dem Parteitag zugute halten muß, daß er ganz unter dem Bann der sozialistischen Einigung steht, und deshalb das Bedürfnis haben mag, nach außen hin viel ungeduldig zu erscheinen, als er in Wirklichkeit ist, so darf man doch auch nicht übersehen, daß die Massen die feinen Unterschiede zwischen sozialer Politik und notwendiger Taktik nicht immer verstehen und oft allzu geneigt sind, tönende Agitationsreden für bare Münze zu nehmen. Die Drohung mit dem Austritt der vereinigten sozialistischen Parteien aus der Regierungskoalition, wenn der Preis für das Umlagegetreide allzu hoch angelegt werde oder wenn die Deutsche Volkspartei unter Führung von Sinnes an der Koalition beteiligt werden sollte, kann unter Umständen die sozialdemokratischen Führer im Herbst zu Entscheidungen zwingen, an die sie heute im Ernst nicht denken. Es sind ja nicht nur die Massen, die unter dem Druck der Not blindlings vorwärts treiben, sondern die wirtschaftlichen Notstände selbst haben ihr eigenes Schweregewicht und gehen nur allzu leicht über die Absichten und Berechnungen der verantwortlichen Führer hinweg. Deshalb sollte das verständige Wort Adolf Brauns von den sozialdemokratischen Führern und Unterführern gewissermaßen als bisher befolgt werden: Wir dürfen nicht durch unerfüllbare Forderungen die Arbeiterschaft zu Enttäuschungen führen.

Wie leicht die Enttäuschungen zu tödlichen Ausschreitungen und blutigen Gewalttätigkeiten auswachsen können, hat uns nicht nur Hamburg gezeigt, sondern auch neuerdings Ahen. In diesem westfälischen Industrieort von 11 000 Einwohnern zogen die von den Kommunisten aufgehetzten Massen vor das Rathaus, forderten die Bildung einer Kontrollkommission aus Kommunisten und Gewerkschaftlern innerhalb fünf Minuten und zwangen den Bürgermeister und die Stadtverordneten, an der Spitze ihres Demonstrationzuges durch die Stadt zu marschieren, wobei sie Fahnen mit dem Sowjetstern und mit allerlei schönen Marksprüchen wie 'Tod den Ausbeutern!' tragen mußten. Die Bergewaltigen wurden erst entlassen, nachdem sie feierlich gelobt hatten, alle kommunistischen Forderungen zu bewilligen und ihre Stadtverordnetenmandate niederzulegen. Gewiß sind solche Vorgänge noch vereinzelt; aber wer die Erregung der Massen über die Preissteigerungen und die Sprunghaft steigende Teuerung kennt, der wird nicht glauben, daß sie vereinzelt bleiben, falls nicht von der Regierung und von den Parteien mit allem Nachdruck an einer Abstellung der Mißstände gearbeitet wird. Eine plötzliche Bervierfachung des Brotpreises, die sie angeblich schon für die nächste Zeit in Aussicht stellen soll, zusammen mit einer Verschlechterung des Brotes durch Beimischung von Karottensatz und anderen Ersatzstoffen, sowie durch stärkere Ausmahlung kann unabsehbare politische Folgen nach sich ziehen. Und wenn man noch hinzunimmt, daß mit dem 1. Oktober einsetzenden neuen gewaltigen Steigerungen der Mietpreise, der Beleuchtungs- und Heizungskosten, die Verdoppelung der Eisenbahntarife und der Postgebühren, dann wird ein unütziges Zusehen der Behörden und

der politischen Parteien in der Tat auch für diejenigen unerträglich, die sonst dem kommunistischen Geheiß nach ganz unzugänglich sind.

Bei dieser Sachlage kann die Mahnung nicht oft genug unterstrichen und wiederholt werden, welche die demokratischen Wirtschaftspolitiker am letzten Sonntag auf ihrer Eisenacher Tagung an das deutsche Volk gerichtet haben. Sie bezeichnen die Stagnation aller sittlichen Kräfte der Volksgemeinschaft als die Voraussetzung für die Gesundung der deutschen Wirtschaft und des Wiederaufbaues des deutschen Staates, und sie fordern, diesen sittlichen Willen durch ein staatsfeindliches, opferbereites Bekenntnis zum neuen republikanischen Deutschland zur Tat werden zu lassen. Die Erfüllung dieser Forderung verlangt persönliche Opfer von jedem einzelnen Volksgenossen. Darüber sich klar zu werden und die Opferbereitschaft in die Tat umzusetzen, das ist die Aufgabe der Atempause.

### Lösung der belgischen Streitfrage.

Wie die belgische Telegraphenagentur aus Brüssel meldet, hat der deutsche Geschäftsträger Landsberg heute vormittag 10 Uhr dem Minister des Auswärtigen Jaspar mitgeteilt, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die sechsmonatlichen Wechsel im Gesamtbetrag von 270 Millionen Mark, fällig vom 15. Februar bis 15. Juni 1923, unter Verzicht auf die zunächst verlangte Verlängerung auf 12 und 18 Monate zu unterzeichnen. Unter diesen Umständen faßt die belgische Regierung eine günstige Lösung der strittigen Frage ins Auge auf den Grundlagen, die die belgischen Delegierten in Berlin aufgestellt hatten.

Der Reichsbankpräsident Haverstein hat sofort nach seiner Rückkehr dem Reichsfinanzminister über seine Verhandlungen mit der Bank von England Bericht erstattet. Am Nachmittag fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der die Antwortnote an Belgien wegen der deutschen Schatzwechsel beraten wurde. Haverstein, der dem Kabinettsrat bekräftigte, gab namens der Reichsbank die offizielle Erklärung ab, daß diese nunmehr bereit sei, die sechsmonatlichen Wechsel für Belgien, die vom 15. Februar bis 15. Juni 1923 laufen, mit der Unterschrift des Reichsbankpräsidenten zu versehen. Wenn auch über die Verhandlungen Haversteins mit der Bank von England von amtlicher Seite nichts bekannt gegeben wurde, ist doch als sicher anzunehmen, daß die Londoner Reise ein Erfolg war. Die Bank von England wird die Garantie für die deutschen Wechsel für sechs Monate nach der Ausgabe übernehmen und von der Reichsbank dafür wiederum eine Garantie auf 18 Monate erhalten. Die Vereinbarungen zwischen der Bank von England und der Reichsbank haben rein banktechnischen Charakter. Man glaubt, daß die belgische Regierung mit dieser Lösung zufrieden sein wird.

### Die englische Mobilmachung.

Das Gespenst eines englisch-türkischen Krieges beginnt Fleisch und Blut anzunehmen und zur Wirklichkeit zu werden. England mobilisiert. Seine Truppen beginnen bereits Schiffsengpässen zur Verteidigung der Meerengen auszuheben. Immer mehr Abteilungen von Land- und Seestreitkräften werden nach Konstantinopel beordert. Von der anderen Seite rücken die siegreichen türkischen Truppen vor und haben bereits teilweise die Grenze der neutralen Zone erreicht. Zusammenstöße können jeden Tag beginnen. Noch arbeitet zwar die englische Diplomatie fleißig hinter den Kulissen. Die englischen Dominions werden zur Hilfeleistung aufgerufen und die europäischen Bundesgenossen werden mit Notizen bombardiert. Aber die Rüstungsanstrengungen der letzten Tage und Stunden beweisen, daß man in London keinen rechten Glauben mehr an die Vermeidung des neuen Krieges hat. Die wichtigsten und bedeutsamsten Meldungen aber kommen jetzt aus Paris und Rom. Frankreich und Italien wollen die englische Kriegspolitik nicht unterstützen. Die französische Regierung hat bereits dem General Bessier den Befehl erteilt, die französischen Truppen auf die europäische Seite der Dardanellen zurückzuführen und die italienische Regierung hat ohne Umschweife erklärt, daß sie an einem Krieg gegen die Türken nicht teilnehmen werde. Es steht also England allein auf weiter Blau und muß die Freiheit der Meerengen allein verteidigen, wenn es auf seiner bisherigen Orientpolitik bestehen bleibt. Aber der Rückzug der Franzosen und Italiener von dem englischen Kriegssplan führt zugleich eine Krise für die Orient- und die Mittelmeerpolitik herauf, die von weittragenden Folgen für die Zukunft der europäischen Politik und der Weltpolitik werden kann. Insofern hat auch Deutschland alle Ursache, die

Weiterentwicklung der nächsten Zeit mit angelegtem Aufmerksamkeit zu verfolgen.

### Die Orientkrisis.

England isoliert.

Wie der Welt Parisien zu wissen glaubt, hat die Ungarozustimmung sich deutlich, auf den von Frankreich, England und Italien unternommenen Schritt in gleichzeitig gemäßigtem, aber festem Ton zu antworten. Die Antwort geht dahin: Die Zone, zu deren Festbestimmung wir uns aufbereit, wurde durch ein Dokument festgelegt, das wir nicht kennen, den Friedensvertrag von Sevres. Übrigens ist dieses Dokument auch für Euch nicht mehr maßgebend, da Ihr es nicht ratifiziert habt, und da Ihr aus eigener Initiative bereits seine Revision oder genauer gesagt, seine Wiederdurchsicht ins Auge gefaßt habt. Wie vorausgesetzt, erkennen wir Eure vorläufige Anwesenheit dort an, wo Ihr Euch seit drei Jahren festgesetzt habt, so wie Euren Anspruch, an dem Abschluß eines endgültigen Friedens mitzuwirken. Gegen diese Punkte werden wir nichts unternehmen, d. h., Ihr braucht nicht besorgt zu sein, daß wir auf Konstantinopel, Gallipoli und noch weniger in Osttrazien auf die Ischakpashaliklinie vorrücken. Aber Ihr solltet uns nicht daran hindern, diejenigen Punkte zu besetzen, an denen Ihr bisher nicht gewesen seid und an denen bisher nur die griechische Armee stand, und Euch nicht wegen dieses Vorgehens an die Seite unseres Feindes stellen, gegen den wir noch immer kämpfen, da bisher kein Waffenstillstand abgeschlossen wurde.

Neue Meinungsverschiedenheiten.

Wie verlautet, ist Lord Curzon nach Paris gefahren, um mit der französischen Regierung die orientalische Krise zu erörtern.

Der Daily News zufolge sprach der französische Geschäftsträger zweimal im britischen Auswärtigen Amt vor, um den französischen Standpunkt bezüglich der Friedensbedingungen mit den Kemalisten auszuhandeln. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Erörterungen eine Meinungsverschiedenheit zwischen den französischen und den britischen Ministern ergeben hätten und daß die plötzliche Entsendung Curzons nach Paris mit diesen Erörterungen im Zusammenhang stände.

Eine Bombe aus Paris.

Wie der Matin mitteilt, brachte der französische Geschäftsträger in London bei seinem Besuch im Auswärtigen Amt der englischen Regierung die Art und Weise zur Kenntnis, wie Frankreich die Regelung des Friedens im Orient beabsichtigt und machte England Mitteilung von der Erregung, die sich der öffentlichen Meinung in Frankreich bemächtigt habe, und von der Unruhe, die die französische Regierung angesichts der letzten Erklärung der englischen Regierung empfinde. Er betonte, daß in keinem Falle französische Truppen an der Seite der Griechen kämpfen könnten, und teilte mit, daß um einen Konflikt zwischen französischen Truppen und Türken zu vermeiden, Frankreich beschlossen habe, innerhalb 24 Stunden seine Truppenabteilungen, die gegenwärtig verschiedene Punkte der neutralen Zone besetzt hielten, zurückzuziehen.

In London hat der nach Istanbul gegebene Befehl der Pariser Regierung, innerhalb 24 Stunden mit der Rückführung der französischen Truppen auf das europäische Ufer zu beginnen, großes Aufsehen erregt. Einzelne Blätter, wie Daily Express, erklären, daß kein Ereignis von solchem Ernste seit Beendigung des Weltkrieges die europäische Politik gestört habe. Es werde von einer Bombe aus Paris gesprochen. Trotzdem fordern einzelne Blätter Besshalten an der bisherigen englischen Politik und die Times berichtet z. B. aus Konstantinopel, daß das Sussex-Regiment in Tschanak gelandet sei und sich mit starken Landungsabteilungen der Marine verbanden habe. Nach weiteren Meldungen sollen auch neue Verstärkungen unter Befehl des Marschalls Allenby aus Mesopotamien herangezogen werden.

Eine beschwichtigende Reuters-Erklärung.

Neuer erklärt von maßgebender englischer Seite, es sei keine Rede davon, daß die britische Regierung irgend etwas unternehmen werde, was auf einen neuen Krieg hinauskomme, oder daß sie neue Operationen zu Lande oder zu Wasser plane. Es handle sich darum, daß die Alliierten einige Zeit in der neutralen Zone am Bosporus und um die Dardanellen herum Truppen hätten. Diese englischen, französischen und italienischen Truppen hätten die Ausschließung der Bosphorus durch den Vertrag von Sevres. Die Frage, um die es sich handelt, sei lediglich der Schutz dieser Streitkräfte gegen jede mögliche Gefahr und nicht